

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

das neue Schuljahr ist in vollem Gange, unser Schulsenator hat uns mit tatsächlicher Arbeitserleichterung versehen (mehr dazu im Heft), eine Kommission (mal wieder eine!!!) wird sich mit dem Phänomen erkrankter Lehrer befassen, und der Presse konnten wir entnehmen, dass es offensichtlich zwei Studentafeln für alle Bildungsgänge gibt: wichtige und unwichtige!

Da stört es auch nicht weiter, dass Berlin noch immer zu den Schlusslichtern in der Bildung gehört, auch nicht, dass die Vereinbarungen über Förderung von Schülerinnen und Schülern ndH (für alle, die sich mit Abkürzungen nicht so auskennen: "nicht-deutscher-Herkunft") damit obsolet werden: Dieser Senat, seit knapp einem Jahr im Amt, verfährt genauso, wie alle vorigen: Was schert mich mein Geschwätz von gestern – und wenn er nicht mehr weiter weiß, bildet er einen Arbeitskreis. Expertenrunde, Prokektgruppe, suchen Sie sich den Begriff aus, und die Ergebnisse sind ungefähr so erfolgreich wie die des kreisenden Berges. Dies kann schön belegt werden am angeblichen Wegfall der Halbjahreszeugnisse im beruflichen Schulwesen. Aber auch die Krankheitsquote unter Lehrern ruft offensichtlich in der Senatsbildungsverwaltung Erstaunen hervor. Wenn wir da mal ein wenig Nachhilfe geben dürften: Das Durchschnittsalter der Kolleginnen und Kollegen hat – zumindest im beruflichen Schulwesen – die 50 überschritten, ein 60jähriger arbeitet heute **7 Stunden** mehr als in den 90er-Jahren (selbstverständlich bei Kürzung der Jahresbezüge) und dies in immer größeren Klassen, bei zunehmender Aggressivität der Schülerinnen und Schüler und schlechterer Ausstattung der Schulen, und ohne Aussicht auf Altersteilzeit. Warum es nun einer Expertengruppe bedarf, um die Gründe für Ausfallzeiten wegen Krankheit zu erforschen, ist nicht nachvollziehbar. Vielleicht sollten die Damen und Herren der Verwaltung sich einfach mal in die Niederungen des Schulbetriebs begeben, aber aus diesen sind ja gerade viele von ihnen in die Schulaufsicht geflüchtet.

- **Besuch bei Senator Zöllner**
- **Besuch bei Staatssekretär Schlemm**
- **Halbjahreszeugnisse**
- **Vorstandswahlen**
- **Fakten und Meinungen zur "Entbürokratisierung"**

So, das musste mal gesagt werden! Haben Sie einen schönen Herbst und genießen Sie die Zeit zwischen dem 15. und 20.10.

Herzlich,  
Ihre  
Roswita Mätzig-Wurm  
für den Vorstand

### Gespräch mit Senator Zöllner

Der Landesverband Berlin hat einen Gesprächstermin mit dem Bildungssenator der Stadt und gleichzeitig amtierenden KMK-Präsidenten Zöllner vereinbart, zu dem der Landesverband auch den Bundesverband eingeladen hat. Das Gespräch führten Frau Mätzig-Wurm und Herr Jäger vom LV Berlin, Senator Zöllner, seine persönlich Referentin und die stellvertretende Referatsleiterin der operativen Schulaufsicht, Frau Petra Madyda sowie der Bundesvorsitzende. Das Gespräch entwickelte sich aus einem distanzierten Dialog zu einem zunehmend offenen Gedankenaustausch.

Der Senator erklärte zum Thema Lehrerversorgung, dass in Berlin eine Lehrerversorgung von 103 % angestrebt werden, d. h. eine Vertretungsreserve von 3 %, die durch Zugriff auf Lehrkräfte aus einem Pool oder aus einer - bei den Oberstufenzentren - schulischen Liste genutzt werden könnte. 500 Lehrkräfte gebe es im Pool, darunter auch Bewerber mit wirtschaftswissenschaftlicher Lehrbefähigung. Er machte aber auch deutlich, dass es wegen der Spezialisierung im beruflichen Bereich nicht unterstellt werden könne, dass es für jedes Feld der beruflichen Schulen auch Personen gebe, die Vertretung übernehmen könnten. In diesem Zusammenhang erklärte er auf Rückfrage, dass es für ihn völlig klar sei, dass es ein Studium auch mit der speziellen beruflichen Fachrichtung als zweitem Fach geben müsse. Das werde er gern vertreten, wenn ihm der Verband eine Problembeschreibung zukommen lasse. Dies wurde ihm zugesichert

In Berlin gibt es ein Konzept, mit dem Sozialarbeit in Schule gebracht wird. Die Versorgung der Schulen mit solchen Kräften beginnt 2009 an den Grundschulen und wird 2010 an den beruflichen Schulen umgesetzt. Es gibt in Berlin ca. 1000 Lehrerstellen für Migrantenförderung, allerdings nur 28 an beruflichen Schulen. Für ihn, so Senator Zöllner, stelle sich aber auch die Frage der Effektivität von Fördermaßnahmen. Diese Effektivität müssten die Grundschulen und die Schulen der Sekundarstufe I nachweisen, dann werde das Problem aber auch so gut wie gar nicht die beruflichen Schulen erreichen. Es zeige sich aber gerade im Bereich der Sprachförderung, dass trotz aller Bemühungen die Sprach-

kompetenz nicht spürbar wachse. Hier sehe er Handlungsbedarf.

Im Fortbildungsbereich habe Berlin ein Moderatorenkonzept umgesetzt, es gebe 38 Moderatoren und einen Koordinator.

Zur Schulraumsanierung und bezüglich der Wartung von IT-Systemen verwies er auf die Haushaltssituation des Landes.

Auf die Frage nach dem Zukunftskonzept der beruflichen Schulen angesichts der Gefahr von Creaming-Effekten angesprochen, erklärte Senator Zöllner, zu dieser Frage gebe es in Berlin keine Arbeitsgruppe, aber er selbst sehe das als sein Thema an. Dieses Thema sei für ihn zwingend verbunden mit der Frage der Entwicklung des allgemein bildenden Schulsystems, diese werde nicht ohne Konsequenzen für das berufliche System bleiben.

Er nahm die Botschaft auf, dass es für die Entwicklung des DQR wichtig sei, die Perspektiven für die Abschlüsse der beruflichen Schulen zu verankern. Er sah Handlungsbedarf wenn ihm übermittelt werde, dass die Kammern einen Modellversuch zur Anrechnung von vollzeitschulischen Leistungen auf duale Ausbildung dadurch verhindert hätten, dass sie sich von dem Ansatz distanziert hätten: so etwas müssen wenigstens in Modellversuchen machbar sein. Dazu benötige er konkrete Informationen. Der VLW sicherte zu, Frau Dr. Scheffler zu bitten, die Informationen an ihn zu geben.

Bericht von Dr. Kehl, Bundesvorsitzender des vLw

**Im Namen des Vorstandes bedanke ich mich sehr herzlich für das anregende Gespräch mit Ihnen, Herr Senator Zöllner, und hoffe, dass wir auch künftig Gelegenheiten zu einem regen Gedankenaustausch finden werden.**

**Roswita Mätzig-Wurm  
1. Vorsitzende  
Landesverband Berlin des vLw**

### Schreiben des Bundesverbandes vLw zur Lehrerbildung an Senator Zöllner

Nach einem Gespräch des Berliner Landesverbandes und des Bundesvorsitzenden mit dem Berliner Bildungssenator Zöllner, der derzeit Präsident der KMK ist, hat der VLW dem Senator folgenden Text übermittelt:

*Sehr geehrter Herr Senator Zöllner,*

*in unserem Gespräch hatten wir auch das Problems der Anerkennung einer speziellen Betriebswirtschaftslehre wie z. B. Bankbetriebslehre als zweites Fach der Lehramtsprüfung angerissen. Sie hatten darum gebeten, dass der VLW aus seiner Sicht noch einmal das Problem darlegt.*

*Ausgangspunkt der Überlegungen des VLW ist, dass in der dualen Berufsausbildung die Qualifizierung in der Berufsschule in der Expertise nicht gegenüber der Qualifizierung im Betrieb zurückfallen darf. Dies bedeutet in der Sicht des VLW dass die Schulen Lehrkräfte mit einer speziellen Betriebswirtschaftslehre als zweitem Fach benötigen, um in solchen Bereichen wie Bankbetriebslehre, Versicherungsfachkunde, Verkehrsbetriebslehre, Steuern, etc. auch fundiert ausbilden zu können.*

*Nach den Informationen, die dem VLW zu der Fortschreibung der o. a. Rahmenvereinbarung vorliegen, war u. a. eine Neuformulierung des Abschnittes „3. Studium und fachpraktische Tätigkeit“ vorgesehen. Dabei ist – soweit uns bekannt – das Studium einer speziellen beruflichen Fachrichtung in Sinne eines affinen Faches nicht mehr*

*vorgesehen bzw. aus den vorliegenden Formulierungen heraus nicht mehr ableitbar.*

*.Aus dieser Sorge heraus hat der VLW die KMK und die Länder angeschrieben und darum gebeten, dieses Problem nicht entstehen zu lassen. Aus den Antworten ist bereits jetzt absehbar ist, dass einzelne Bundesländer durchaus eine branchenbezogene Spezialisierung auch weiterhin zulassen werden, dass aber andere Bundesländer die speziellen Betriebswirtschaftslehren als Fach ausdrücklich nicht zulassen wollen. Wenn dies sich so einstellen wird, würde es ein Qualitätsgefälle in der Bundesrepublik geben, das aus Sicht des VLW nicht vertretbar ist. Darüber hinaus führte für die Absolventinnen und Absolventen mit einer speziellen Betriebswirtschaftslehre als zweitem Fach zu Anerkennungsproblemen bei einem beabsichtigten Wechsel des Bundeslandes. Das bedeutet, auch unter Mobilitätsansprüchen ist diese Regelung nicht zielführend.*

*Der VLW bittet Sie deshalb, sich als Präsident der KMK nicht nur für die Verankerung der speziellen Betriebswirtschaftslehren bei der Fortschreibung der Rahmenvereinbarung einzusetzen, sondern auch dafür, dass es kein Auseinanderdriften der Bundesländer in dieser Frage gibt und in allen Ländern eine Anerkennung der zweiten Betriebswirtschaftslehre als Fach gesichert wird.*

*Ich hoffe, dass mit dieser kurzen Darstellung das Anliegen des VLW klar genug beschrieben ist. Es würde mich freuen, wenn Sie dieses Anliegen aufgreifen.*

## VLW-Personalratsmitglieder im Gespräch mit Staatssekretär Schlemm



*Eckart Schlemm*

*Staatssekretär für Bildung, Jugend und Familie*

Schon seit einigen Monaten hatte sich unser Personalratsmitglied Michael Heyer um einen Gesprächstermin der drei ständigen VLW-Personalratsmitglieder mit dem Staatssekretär für Bildung, Jugend und Familie, Eckart Schlemm, bemüht; am Mittwoch, 11. Juli klappte es: Herr Schlemm nahm sich eine Stunde Zeit, um mit dem VLW-Team – Michael Heyer, Angelika Kobs und Heike Danner - über die Sorgen und Anliegen der Lehrkräfte an den beruflichen Schulen Berlins zu sprechen. Anwesend war auch Frau Sabine Schmidt, Leiterin der Abteilung II D.

Michael Heyer erläuterte zunächst Interessen, Ziele und Organisationsstruktur des VLW und hob hervor, dass der VLW ausschließlich für die Wirtschaftsschulen zuständig und von daher zahlenmäßig nicht so sehr groß, dafür aber bundesweit tonangebend für diesen Bereich des Bildungswesens sei.

Im weiteren Gespräch wollten wir wissen, in welcher Form die Behörde auf die durch zahlreiche Überlast-Anzeigen artikulierten Arbeitsbelastung der Lehrkräfte an Oberstufenzentren reagieren wird. Nachdem die Kollegien, die sich in schriftlichen Hilferufen an die Dienstaufsicht gewandt hatten, keine individuelle Antwort erhalten hatten, erschien es uns wichtig, die Auswirkungen der Sparmaßnahmen der letzten Jahre auf den Arbeitsalltag der Lehrkräfte im persönlichen Gespräch darzustellen.

Die Reaktion der Dienstbehörde auf Überlastanzeigen ist in der Regel – so bereits gegenüber dem Personalrat dargestellt von Frau Madyda – eine Einladung zum Gespräch mit der Schulleitung (bei individuellen Überlastanzeigen) oder aber eine „Zurkenntnisnahme als politisches Statement“ bei Überlastanzeigen von ganzen Schulkollegien. Letztere hatten bisher keine Antwort auf ihre „Hilferufe“ erhalten.

Auf unsere Anfrage erläuterte Herr Schlemm, dass die Einstufung als „politisches Statement“ auf den teilweise identischen Formulierungen basiere, die in den Schreiben der Kollegien gewählt wurden.

Wir machten den Staatssekretär darauf aufmerksam, dass die Probleme in den Oberstufenzentren eben auch weitgehend identisch seien; so zum Beispiel die allgemeine Überlastung durch

- seit Jahren kontinuierlich steigende Unterrichtsverpflichtung
- größere Klassen
- weggefallene Altersermäßigung
- Präsenzzeiten
- schwieriger werdende Schülerklientel
- fehlende Neueinstellungen junger Lehrkräfte
- beengte Arbeitsverhältnisse etc.

Die Einladung durch die Schulleitung an einzelne Lehrkräfte, die sich überlastet fühlen, bittet Herr Schlemm nicht als disziplinierende Maßnahme zu verstehen, sondern als Möglichkeit zur konstruktiven Problemlösung.

Wir wiesen darauf hin, dass dennoch der Eindruck entstehen könne, dass das Problem bei der hilfeschuchenden Lehrkraft gesucht werde statt bei den teilweise unzumutbaren Arbeitsbedingungen.

Eine Senkung der Lehrerarbeitszeit hält Herr Schlemm derzeit für „illusorisch“, jedoch habe Senator Zöllner bereits angeregt, die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte auf andere Weise abzumildern und Entlastung zu schaffen. Auf welche Weise dies geschehen werde, blieb zunächst unklar. Jedoch scheint eine differenzierte Arbeitszeitregelung, wie sie derzeit in Hamburg praktiziert wird, für Berlin keine Lösung zu sein. Statt dessen werde über die Bereitstellung von Ermäßigungsstunden für bestimmte Aufgaben nachgedacht.

Beim Stichwort „Präsenzzeiten“ wiesen wir darauf hin, dass diese nicht unbedingt zu besseren Arbeitsergebnissen führen, wenn in den Schulen allein räumlich keine Möglichkeit zum konzentrierten Arbeiten besteht, ganz zu schweigen von der herrschenden Unruhe und Lärmbelastung. Wir informierten den Staatssekretär ausführlich über die herrschenden Zustände in den Schulgebäuden. Anders als offenbar

weithin angenommen, gibt es nämlich in den Schulen keine Rückzugsräume bzw. Ruheräume für Lehrer, da gegenwärtig alle Räume, und seien sie noch so klein, als Unterrichts- bzw. Gruppenräume genutzt werden.

So bleibt der Lehrkraft in der Regel nur eine kleine Tischfläche im Lehrerzimmer zum Arbeiten. In einigen Schulen ist nicht einmal für jede Lehrkraft ein Sitzplatz im Lehrerzimmer vorhanden, so dass sich in den Pausen nur dann alle Lehrkräfte setzen können, wenn andere Kollegen erkrankt sind. Zur Veranschaulichung hatte Michael Heyer ein Foto eines Tisches im Lehrerzimmer mitgebracht, der zum Bersten mit Arbeitsmaterialien überhäuft war – wir konnten Herrn Schlemm klarmachen, dass dies keineswegs eine gestellte Aufnahme war, sondern dem Normalzustand entspricht.

Vor dem Hintergrund wegfallender steuerlicher Erleichterungen zur Unterhaltung eines häuslichen Arbeitszimmers erwarten die Kollegen zu Recht eine angemessene Ausstattung ihrer Schulen mit Räumen, Möbeln und Materialien. So lange dies nicht gewährleistet ist, so konnten wir dem Staatssekretär darlegen, sollten weitere oktroyierte Präsenzzeiten in der Schule nicht erwogen werden.

Herr Schlemm stimmte zu, dass populistisch wirkende Maßnahmen, die von der Presse im Rahmen einer allgemeinen Lehrerschelte aufgegriffen würden, kontraproduktiv seien und die Arbeitsfreude der Lehrkräfte minderten.

Allerdings konnte er auch keine Hoffnung auf weitere Neubauten für Schulen machen. Wir regten an, sich für Instandsetzung und räumliche Verbesserungen der bestehenden Schulgebäude einzusetzen, und fanden hierbei Unterstützung durch Frau Schmidt, die des öfteren mit Klagen über den schlechten baulichen Zustand der Schulen konfrontiert wird. Die Verantwortung der BIM für einige Schulgebäude hat die Situation, wie allgemein bekannt ist, nicht verbessert.

Auf die Frage nach der Verhältnismäßigkeit zwischen den mehreren Millionen Euro, die für die neue „Gemeinschaftsschule“ zur Verfügung stehen werden, und der Abnahme der Ausstattungsqualität in den bestehenden Schulen erläuterte Herr Schlemm, dass bis zum Jahr 2011 die Gelder für Lehr- und Lernmittel auf 27 Millionen Euro verdoppelt werden.

Angelika Kobs schnitt mit der Frage nach einer Angleichung der Gehälter der Beschäftigten im Ostteil der Stadt ein Thema an, das bei einem großen Teil der Lehrkräfte weiterhin für Unmut sorgt. Hierüber lagen Herrn Schlemm keine aktuellen Informationen vor; er empfiehlt jedoch den Verbänden, hierzu eine Anfrage im Parlament zu formulieren.

Zum Abschluss des Gesprächs freuten wir uns über die Zusage des Staatssekretärs, mit dem VLW im Gespräch zu bleiben.

*Heike Danner, PRzBS*

**Sie erreichen uns unter: [www.vlw-berlin.de](http://www.vlw-berlin.de).**

Für die Kommunikation mit unseren Mitgliedern haben wir folgende email-Adressen eingerichtet:

Zu Fragen an den Vorstand: [maetzig-wurm@vlw-berlin.de](mailto:maetzig-wurm@vlw-berlin.de)

Für Adressenänderungen, Änderungen der Kontoverbindung etc.:  
[schatzmeister@vlw-berlin.de](mailto:schatzmeister@vlw-berlin.de)

Für Fragen an unsere Personalratsmitglieder: [heyer@vlw-berlin.de](mailto:heyer@vlw-berlin.de)

Darüber hinaus erreichen Sie Mitglieder des Vorstandes bzw. der mit uns zusammenarbeitenden Mitglieder unter:

[nachname@vlw-berlin.de](mailto:nachname@vlw-berlin.de)

z.B. lang, gehrmann, jaeger, kuehn, stapelfeld.

Am

**Dienstag, dem 09.10.07, 16:30 Uhr,**

findet im Raum 4.2.19/20

des OSZ Banken und Versicherungen,  
Alt Moabit 10, 10557 Berlin,

eine Mitgliederversammlung des VLW statt.

Dazu laden wir Sie herzlich ein.

#### TAGESORDNUNG:

1. Begrüßung
2. Herr OSchR Reinhard Schnadwinkel  
zum Thema: „Zur Entwicklung des beruflichen Schulwesens“
3. Bericht des Vorstandes
4. Bericht des Schatzmeisters
5. Bericht der Kassenprüfer
6. Aussprache über den Bericht des Vorstandes
7. Entlastung des Vorstandes und der Kassenprüfer
8. Neuwahl des Vorstandes
9. Neuwahl der Kassenprüfer
10. Verabschiedung von Anträgen und Resolutionen
11. Verschiedenes

#### **Zur Wahl stellen sich:**

Roswita Mätzig-Wurm, OSZ Banken und Versicherungen, als 1. Vorsitzende  
Jürgen Stapelfeld, OSZ Gastgewerbe, als Stellvertreter  
Helmut Jäger, OSZ Banken und Versicherungen, als Stellvertreter  
Christa Lang, als Geschäftsführerin und Schriftführerin  
Hartwig Büssing, OSZ Wirtschaft und Verwaltung, als Schatzmeister  
Gerd Karnasch, OSZ Banken und Versicherungen, als Referendarbetreuer

für die Bundesausschüsse sollen benannt werden:

Ausschuss Schul- und Bildungspolitik: Helmut Jäger  
Ausschuss Recht und Besoldung: Michael Heyer, OSZ Wirtschaft, Personalratsmitglied  
Ausschuss Lehrerbildung: Christian Kühn, OSZ Wirtschaft

## Die Fakten

Das Rundschreiben Nr. **16/2007** trägt den Titel:

### **"Umsetzung des Sofortprogramms Entbürokratisierung im Schuljahr 2007/2008".**

Erste wirklich gravierende und entbürokratisierende Maßnahme für alle Schulen: "Von sofort an genehmigen die Schulleiterinnen und Schulleiter auch Schülerfahrten, die ins Ausland führen und erteilen gleichzeitig den teilnehmenden Dienstkräften die Dienstreisegenehmigung".

Das ist doch mal eine **spürbare Arbeitsentlastung für die Schulaufsicht**, oder?

Dann soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Vorlage des internen Evaluationsberichts um ein Jahr auf den 1. März 2009 verschoben wurde.

Das sind die **alle** Schulen betreffenden Bereiche. Aber auch für uns gibt es spürbare Entlastungen:

"In den dualen Bildungsgängen der Berufsschule wurden bisher gemäß § 21 Abs. 2 der Berufsschulverordnung in jedem Schulhalbjahr Zeugnisse erteilt.

Künftig werden anstelle der Halbjahreszeugnisse nur noch am Ende einer Jahrgangsstufe Zeugnisse erteilt, auf denen die Leistungen im Schuljahr ausgewiesen werden."

Die Verordnung hierfür soll im November erlassen werden und rückwirkend zum Schuljahresbeginn in Kraft treten.

Die dann folgenden Ausführungen beziehen sich nur noch auf einen Punkt, der aus unserer Sicht so marginal ist, dass wir hier nicht darauf eingehen wollen.

**Und dies sind für das berufsbildende Schulwesen die bisherigen Ergebnisse der "Projektgruppe", die zu "einer spürbaren Entlastung im Schulalltag führen" sollen. Noch Fragen?**

## ... und nun die Meinung dazu:

### **Abschaffung der Halbjahreszeugnisse in der dualen Ausbildung?**

Auf den ersten Blick eine gute Idee. Irgendwie muss sich Berufsschule ja von den umstrittenen Regelungen für andere Schulen absetzen.

Auf den zweiten Blick noch immer eine gute Idee: Lehrkräfte sparen viel Zeit.

Schauen ich aber genauer hin, bleibt vom Zeitargument nicht viel übrig.

- Zensuren werden weiterhin erteilt und je Halbjahr dokumentiert.
- Fehlzeiten werden weiterhin erfasst, kontrolliert und dokumentiert.
- Zeugnisse werden mit getrennten Zensuren für das erste und zweite Halbjahr nur noch jährlich erstellt. Zeitersparnis je Auszubildende/n *maximal* 10 Minuten.

Was aber wird aus diesem minimalen Zeitvorteil, wenn einige Betriebe zeitnäher Auskunft über Leistung und Anwesenheit ihrer Auszubildenden haben wollen?

Wie verhalten wir uns, wenn Auszubildende eine Bescheinigung für die zuständige Stelle benötigen?

Auszubildende wollen ihrer Bewerbung oft ein aktuelles Zeugnis beifügen. Wissen alle Arbeitgeber in Deutschland von unserer Bürokratievereinfachung?

Der Verband sollte unseren zuständigen Senator daran erinnern, dass in der Vergangenheit die Mitwirkung der Betroffenen oft sinnvollere Ergebnisse erbrachte als die allein aus ministeriellen Stuben kommenden Vorschriften. Dass dieses Gespräch gesucht wird, geht aus dem Rundschreiben Nr. 16/2007 nicht nur nicht hervor, der dort vorgegebene Zeitplan zeigt eher, dass solche Gespräche nicht gewollt sind.

Übrigens: Seit kurzem ist die Erstellung der Abschlusszeugnisse erheblich zeitaufwändiger geworden. Warum wurde in diesem Zusammenhang nicht über Entlastungen nachgedacht?

Jürgen Stapelfeld  
OSZ Gastgewerbe

## **Runde Geburtstage**

### **70 Jahre**

Herr Jürgen Goldbach 18.09.2007

### **80 Jahre**

Herr Dr. Reiner Rudolph 16.07.2007  
Frau Ursula Schönebeck 28.08.2007

### **85 Jahre**

Frau Ursula Bauszus 13.09.2007

**Der Vorstand gratuliert allen Jubilaren von Herzen und wünscht Ihnen noch viele gute Jahre bei bester Gesundheit.**

**Impressum:  
V.i.S.d.P. ist der Vorstand des vLw Berlin  
Mommsenstraße 58, 10629 Berlin  
Telefon: (03328) 302 123  
Fax: 03328/30 21 31  
Redaktion:  
Roswita Mätzig-Wurm  
eMail-Adresse:  
maetzig-wurm@vlw-berlin.de**